



# Interviews

**Datum: 12. Juni 2023**

## **Silvia Engels im Gespräch mit Sven Schulze, CDU, Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt.**

**Silvia Engels:** Ein Teilnehmer des Forums gestern wie heute ist auch der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Sven Schulze von der CDU. Er ist nun am Telefon. – Guten Morgen, Herr Schulze.

**Sven Schulze:** Guten Morgen, Frau Engels.

**Engels:** Gestern Abend sprach Bundeskanzler Scholz davon, dass Ostdeutschlands Wirtschaft einen Boom erlebe, dass die Bundesländer zu einem „Motor des Wandels“ werden können. Sind Sie als CDU-Mann auch so euphorisch wie der SPD-Kanzler?

**Schulze:** Na ja. Ich denke schon, dass es absolut berechtigt ist, euphorisch zu sein, wenn man sich Ostdeutschland anschaut. Es hat sich schon eine gute Entwicklung abgezeichnet in den letzten Jahren und ist auch in vielen Bereichen eingetreten und vielleicht für den einen oder anderen erst wahrgenommen nach großen Investitionsentscheidungen wie von Tesla in Brandenburg oder Intel in Magdeburg, wenn man sich Leipzig, Dresden anschaut, auch Thüringen und weite Teile Mecklenburg-Vorpommerns. Ich denke schon, es besteht absolut Anlass, positiv zu denken, und das ist, glaube ich, auch die Grundbasis der Diskussion.

**Engels:** Ihr Bundesland Sachsen-Anhalt hat 2022 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 2,6 Prozent verzeichnet. Das liegt deutlich über dem Bundesschnitt von 1,8 Prozent. Worauf führen Sie das ganz konkret zurück?

**Schulze:** Es ist schon so, dass wir erst mal uns freuen, dass gewisse Dinge, die vielleicht einige Monate vorher angedacht waren und zu befürchten waren, nicht eingetreten sind. Auch unser Bundesland hat damit zu kämpfen, dass die Energiepreise gestiegen sind und dass Fachkräfte fehlen und so weiter. Aber in Summe gesehen: Die vielen tausend mittelständischen Unternehmen haben eine gute Entwicklung vollzogen und vor allen Dingen haben wir auch in den letzten Jahren gute Neuinvestitionen in dieses Land bekommen, und das sind alles Unternehmen, die auf dem neuesten Stand der Technik Produkte produzieren, die weltmarktfähig sind, motivierte Arbeitskräfte. Ich denke, das ist jetzt auch ein Ergebnis der Aufbauarbeit der letzten Jahre, Jahrzehnte, und da sind wir auch stolz drauf.

**Engels:** Nun scheint das Wehklagen aus speziellen Regionen Ostdeutschlands, man werde in der gesamtdeutschen Schau übersehen, man werde bei Postenbesetzungen großer Behörden oder von DAX-Unternehmen nicht berücksichtigt, vorbei. Braucht es da überhaupt noch eine spezielle Förderung?

**Schulze:** Es ist schon so, dass ich es manchmal verwunderlich finde, dass man immer erst mal jammert an der einen oder anderen Stelle in Deutschland. Das ist jetzt nicht auf Ostdeutschland speziell bezogen, sondern dass erst mal das Negative vorangestellt wird, bevor man mal über die positiven Dinge spricht. Ich glaube, wichtig ist, dass man auch im Wirtschaftsbereich erst mal das bespricht und beschreibt, was an Chancen da ist, was an positiven Dingen da ist.

Der Bundeskanzler hat gestern zurecht gesagt, was Führungskräfte angeht in DAX-Unternehmen beispielsweise, oder er hat auch ein gutes Beispiel genannt, was Führungskräfte in der eigenen Bundesregierung auf Arbeitskräfte angeht. Das da Ostdeutschland unterrepräsentiert ist, das ist eine richtige Aussage, aber das ist ja auch ein Ansporn für diejenigen so wie mich, die aus Ostdeutschland kommen und sagen, man kann das auch ändern. Daran sollten wir eher arbeiten, als es nur zu beklagen.

**Engels:** Ansporn ist ein gutes Stichwort. Der Kanzler hat es auch erwähnt. Es verlange eine echte Offenheit gegenüber ausländischen Kräften, die zuwandern, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Welche Antworten gibt hier Sachsen-Anhalt?

**Schulze:** Es ist absolut so, dass wir es nicht schaffen werden, in den nächsten Jahren den Bedarf an Arbeitskräften – und ich sage ganz bewusst Arbeitskräfte, weil wir Arbeitskräfte jeglichen Qualifikationsniveaus auch brauchen – dass wir das aus eigener Kraft decken können. Ostdeutschland und auch mein Bundesland Sachsen-Anhalt ist sehr stark betroffen von Demographie. Es werden viele tausende Menschen in ihren verdienten Ruhestand gehen und die müssen ersetzt werden, gleichermaßen ersetzt werden in Unternehmen, die es schon viele Jahrzehnte gibt, und in Unternehmen, die sich glücklicherweise auch in sehr großen Größenordnungen neu ansiedeln bei uns. Deshalb werden wir – das wird auch bei mir im Wirtschaftsministerium passieren – verstärkt auf den Markt schauen außerhalb Europas, idealerweise Europa wegen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber da ist es auch nicht ganz so leicht, und wir werden gezielt schauen. Wir werden eine Einwanderung in den Arbeitsmarkt benötigen und daran werden wir arbeiten.

**Engels:** Wenn wir auf das Thema Fachkräfte- oder Arbeitskräftezuwanderung schauen, dann ist der Blick auch auf die AfD gerichtet, die sich bekanntlich von Migration jeder Art deutlich abgrenzt, und da schauen wir noch mal speziell auf die Situation bei Ihnen in Sachsen-Anhalt. Seit 2021 regiert in Magdeburg ein schwarz-rot-gelbes Kabinett unter Leitung Ihres CDU-Parteifreundes Ministerpräsident Haseloff. Die CDU baute bei den letzten Wahlen ihre Position als stärkste Fraktion aus und hat bei den letzten Wahlen die AfD etwas zurückgedrängt. Doch die AfD ist weiterhin zweitstärkste Kraft im Landtag, in jüngsten Umfragen auch wieder auf dem Vormarsch. Warum gelingt es Ihnen nicht, diese Partei trotz Wirtschaftsaufschwung zurückzudrängen?

**Schulze:** Wenn ich mir Sachsen-Anhalt anschaue, haben Sie gerade gesagt, bei der letzten Wahl ist uns das schon sehr gelungen, zumindest als CDU, ein klares Statement zu setzen.

**Engels:** Aber aktuelle Umfragen sehen die AfD auch bei Ihnen wieder auf dem Vormarsch.

**Schulze:** Ja. Das will ich jetzt nicht irgendwie kleinreden, aber wir haben schon noch einen großen Abstand zwischen der Regierungspartei CDU und der AfD, in etwa in den gleichen Größenordnungen wie bei der letzten Landtagswahl. Nichts desto trotz muss man das sehr ernstnehmen. Ich bin überzeugt, dass Parteien – da zähle ich die AfD als auch die Linkspartei zu – die ausschließlich kritisieren und sagen, was nicht geht, aber in seltensten Fällen sagen, wie man es denn lösen kann, dass die in Regierungsverantwortung diesem Land schaden würden. Das ist definitiv so und es macht mir schon Sorge oder bereitet mir schon Sorge, wenn Bürger in diesen Parteien ihre Zukunft vielleicht sehen oder sagen, jetzt müsste man diese wählen, um ein Zeichen zu setzen. Das ist Ansporn für die regierenden Parteien, sowohl in den Bundesländern als auch in Berlin, das ernstzunehmen und auch zu fragen, warum gibt es Bürger, die in der Regel vielleicht diese Parteien nicht wählen würden, die dann trotzdem bei Wahlen ihr Kreuz machen, so wie jetzt bei der Landratswahl in Thüringen. Das ist schon eine Sache, die man extrem ernstnehmen muss.

**Engels:** Sie kommen darauf zu sprechen. In Thüringen im Landkreis Sonneberg hat es bei einer vorgezogenen Landratswahl der AfD-Kandidat Sesselmann geschafft, im ersten Wahlgang über 46 Prozent der abgegebenen Stimmen zu bekommen. Ist diese Entwicklung, dass die AfD möglicherweise auf diesen lokalen Ebenen vorankommt in einigen ostdeutschen Bundesländern, ein Standortnachteil, weil dadurch zum Teil Betriebe abgeschreckt werden, sich anzusiedeln oder Kräfte zu rekrutieren, die dort hinziehen wollen?

**Schulze:** Es ist schon so, dass wir in Ostdeutschland auch extrem international aufgestellt sind, was das Thema Wirtschaft angeht, und diese internationalen Unternehmen wiederum tausende und abertausende Arbeitsplätze entsprechend bieten, gleichermaßen auch die heimischen Unternehmen aus dem Mittelstand in allergrößter Anzahl auch für den internationalen Markt produzieren, direkt oder indirekt, und es ist für uns wichtig, dass wir nach außen das Zeichen senden, dass wir Internationalität brauchen und wollen. Ich glaube, die Gründe gerade auch bei dieser Landratswahl, die muss man sich genau anschauen, aber man muss es auch am Ende des Tages klar sagen und überlegen, wie kriegt man es hin, dass man vielleicht das eine oder andere noch besser kommuniziert, was Politik angeht. Und ich denke, dass man vor allen Dingen die Bürger ernstnehmen muss. Man darf jetzt nicht sagen, wenn jetzt jemand hier AfD wählt, dass man den aufgibt und dass man sich mit diesen Themen, die die Bürger haben, nicht beschäftigt. Wichtig ist aber, dass man auch Antworten gibt, und wenn ich mir das in Thüringen anschaue, dass ausschließlich eine Partei, die CDU noch in der Lage ist, da irgendwie gegenzuhalten, und alle anderen Parteien überhaupt keine Chance mehr haben, an die AfD heranzukommen, das sollte dann auch diesen Parteien wirklich zu denken geben.

**Engels:** Generell hadert aber auch die CDU über den Umgang mit der AfD. Wir haben am Wochenende Stimmen gehört von Ministerpräsident Günther aus Schleswig-Holstein und ihrem Parteichef Merz, die beide auch bei der CDU eine gewisse Mitverantwortung dafür sehen, dass die AfD derzeit bundesweit so stark ist. Günther sagt, wir müssen klarer darlegen, wohin wir wollen. Ist das auch Ihr Rezept?

**Schulze:** Erst mal ist es wichtig, dass vielleicht die Parteien jetzt nicht untereinander diskutieren, wer denn schuld ist an gewissen Dingen, sondern in erster Linie diskutieren, warum es diese Ergebnisse beziehungsweise Umfragen gibt. Jede Partei sollte sich da selbst auch erst mal hinterfragen und deswegen ist es richtig, wenn die Kollegen Günther und auch Merz sagen, wir müssen auch bei der CDU gucken, welchen Anteil wir daran haben, dass es vielleicht erst mal bei uns nicht die erwarteten Ergebnisse gibt als Partei und gleichermaßen bei anderen Parteien wie der AfD, die es vielleicht dann gibt.

Fakt ist: Ich denke, dass Bürger immer dann, wenn sie verunsichert sind, wenn sie Schwierigkeiten sehen zu erkennen, wie Regierungen die Zukunft der eigenen Region vielleicht definieren, dass es dann oft dazu kommt, dass man, wie man so schön sagt, einen Denkzettel verpassen will und dann vielleicht auch die AfD wählt. Da sehe ich in erster Linie – das muss man auch so sagen, das ist bei uns auch in Regierungsverantwortung so gewesen – die Parteien, die in Regierungsverantwortung sind, gefragt, dass sie definieren wollen, wie sie diese Regierungsverantwortung wahrnehmen. Da ist schon das Thema, dass man sich mal genau anschauen muss, wie die Performance der Bundesregierung im Moment ist.

Bei dieser Landratswahl – das hat man mir auch gesagt, ich habe mir das auch angeschaut – spielten oft Themen eine Rolle, die man auf Landesebene oder schon gar nicht auf kommunaler Ebene löst, wie Migration oder wie auch vielleicht Themen, die wir hier gerade diskutieren, wie Fachkräftemangel und so weiter, sondern da spielten Bundesthemen eine Rolle, und das muss man schon auch ernstnehmen.

**Engels:** Abgrenzungskurs von der Ampel. Aber wie macht man das? Auch mit harten Verbalattacken, für die ja gerade Ministerpräsident Söder von der CSU und noch viel mehr Hubert Aiwanger von den Freien Wählern in die Kritik geraten sind, weil sie auf einer Demo in Erding gegen das Heizungsthema eine Art von Vokabular verwendet haben, gerade Herr Aiwanger, das normalerweise von AfD-Politikern bekannt ist. Ist das der richtige Kurs?

**Schulze:** Ich glaube, der richtige Kurs ist, dass man definiert, wofür man steht und das dann entsprechend auch verteidigt, dass man in der Lage ist, wenn es Gegenwind gibt – und das erleben wir bei der CDU auch an der einen oder anderen Stelle -, dass man trotzdem sagt, warum man eine Meinung vertritt. Wir haben das in Sachsen-Anhalt, denke ich, ganz gut vorgemacht. Sie haben es ja erwähnt, dass wir 2021 bei unserer Landtagswahl auch die Frage hatten, wie stark wird die AfD, und wir haben gezeigt, dass wir mit unseren Themen entsprechend in der Lage sind, die Wähler an uns zu binden, und dass es dann keinen Grund gibt, andere Parteien so stark werden zu lassen.

Das ist das eine und das zweite ist: Man muss eine Regierungspolitik haben – und das haben wir in Sachsen-Anhalt, da sind wir ein gutes Beispiel -, wo man sieht, dass die regierenden Parteien in der Lage sind, die Probleme nicht nur zu erkennen, sondern auch Lösungen aufzuzeigen.

Das dritte ist, dass man auch nicht Verunsicherung für die Zukunft entsprechend bieten soll. Wenn ich höre, dass man jetzt bei der Landratswahl ausschließlich oder in vielen Bereichen zum Beispiel über dieses Heizungsthema von Robert Habeck diskutiert hat, wo man sieht, wie verunsichert die Menschen zum Teil sind und sagen, wie gehen wir denn in die Zukunft und sieht man nicht, dass das für uns Fragezeichen sind, die riesengroß sind, dann hat man doch eigentlich die Themen definiert, die man diskutieren muss. Das ist, glaube ich, eines der Hauptthemen, wie man Parteien am linken und am rechten Rand entsprechend entgegenstehen kann.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.  
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*